

# Öffentlichkeit - das unsichtbare Wesen mit der grossen Wirkung : Konzeption und Anwendung für die schweizerische Parteiengeschichte

Autor(en): **Ernst, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **46 (1996)**

Heft 1: **Öffentlichkeit = L'espace public**

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-81151>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Öffentlichkeit – das unsichtbare Wesen mit der grossen Wirkung

*Konzeption und Anwendung für die schweizerische Parteiengeschichte*

---

Andreas Ernst

## **Résumé**

*A partir d'une critique du modèle habermasien de l'espace public, conçu de manière trop normative et trop peu historique, l'auteur propose une nouvelle conception qui insiste sur les structures sociohistoriques. L'espace public se compose de publics partiels dans lesquels les communautés se constituent comme sociétés. L'analyse du changement historique d'une structure publique ainsi conçue ouvre de nouvelles perspectives pour l'histoire des partis politiques. Ceux-ci peuvent être envisagés comme des réseaux de communication dans lesquels se forment et se différencient des visions du monde et des intérêts particuliers. Les processus de mise en forme publique («Veröffentlichkeit»), le journalisme politique, perdent ainsi leur caractère de sources secondaires pour acquérir une place centrale dans la recherche en documentant de nouvelles études.*

«Nichts ist so veraltet wie die Zeitung von gestern.»  
(Bekannte Journalistenweisheit)

Die kommunikationstheoretische Wende in den Sozialwissenschaften ist seit dem Paradigmenwechsel zur «historischen Sozialwissenschaft» Bielefelder Prägung und ihren nationalen Entsprechungen die vielleicht folgenreichste Neuerung für die Sozialgeschichte. Sei es als «linguistic turn» (in der amerikanischen Sozialgeschichte) oder als Konjunktur von Phänomenologie und Konstruktivismus (in der deutschen Soziologie): das Postulat von der realitätsschaffenden Kraft der Kommunikation hat diese zu einer «Basisressource» für die sozialwissenschaftliche Arbeit gemacht<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Die Skepsis der Väter der «Bielefelder» Schule vor einem «Rückzug in die Sprachanalyse des linguistic turn» (Kocka) versucht Peter Jelavich elegant zu überwinden, indem er die «Bielefel-

Damit rücken zwei Begriffe ins Zentrum des Interesses: Diskurs und Öffentlichkeit. Mit ihnen möchte ich mich im folgenden beschäftigen. Zuerst, indem ich versuche, Vorschläge für eine historisch-empirische Kategorie «Öffentlichkeit» zu machen (Abschnitt I); dann skizziere ich mögliche Umsetzungen einer historischen Öffentlichkeitsforschung (Abschnitt II). Schliesslich betrachte ich einige neuere Studien zur Parteilichkeit in der Schweiz unter dem Aspekt ihres Verständnisses von Öffentlichkeit (Abschnitt III). Der letzte Abschnitt (IV) umfasst ein Fazit und einen knappen Ausblick.

## I

Der Begriff «Öffentlichkeit» erweist sich auf den ersten Blick als schwer brauchbar. Das liegt vor allem an der «Halbbewusstheit», mit der er in der Geschichtswissenschaft verwendet wurde und wird. Auf der einen Seite ein Begriff der Alltagssprache, dessen Verwendung umstandslos klar erscheint, ist er auf der andern Seite ein Begriff der Philosophie, dessen hoher Abstraktionsgrad und dessen normativer Gehalt weit über der zupackenden Konkretheit empirischer Kategorien liegen. Am deutlichsten sichtbar wird das wahrscheinlich am abgeleiteten Begriff der «öffentlichen Meinung». Was für die «Öffentlichkeit» gilt, gilt für diesen Begriff noch viel mehr: er ist «als ein unsichtbares Wesen von grosser Wirksamkeit zu betrachten, und (ist) mit unter die verborgenen Mächte zu zählen, welche die Welt regieren»<sup>2</sup>. Das Nebulöse, Verschleiende dieses Begriffs, der sich

der» auffordert, ihren Übertäter Max Weber auch wirklich ernst zu nehmen. Mit dem Hinweis auf dessen Kulturdefinition («... ein vom Standpunkt des Menschen aus mit Sinn und Bedeutung bedachter Ausschnitt aus der sinnlosen Unendlichkeit des Weltgeschehens ...») und Webers Vorstellungen vom Staat als Ausfluss eines Gemeinschaftsglaubens liessen sich, so Jelavich, Poststrukturalismus und weberianische Prämissen verbinden (Peter Jelavich: «Poststrukturalismus und Sozialgeschichte – aus amerikanischer Perspektive», in: *Geschichte und Gesellschaft* 21 [1995], S. 259–289). Die Alimientierung der «Mentalitätsgeschichte» durch den *linguistic turn* zeigt Claudius Sieber-Lehmann: «Ein neuer Blick auf allzu Vertrautes: Mentalitätsgeschichte in der deutschschweizerischen Geschichtsforschung», in: *Geschichtsforschung in der Schweiz, Bilanz und Perspektiven – 1991*, Basel 1992, S. 202ff. In der Soziologie hat die kommunikationstheoretische Wende (neben viel anderem) das Konzept der «Politischen Kultur», das in den frühen sechziger Jahren von G. A. Almond und S. Verba entwickelt worden war, revolutioniert. Hier ist man von der ursprünglichen Befragung nach *Einstellungen* zur Rekonstruktion von sprachlich vermittelten *Vorstellungen* über die Welt fortgeschritten. Das Konzept und seine empirische Umsetzung werden knapp und anschaulich zusammengefasst in: Dietmar Schirmer: *Mythos – Heilshoffnung – Modernität. Politisch-kulturelle Deutungscode in der Weimarer Republik*, Opladen 1992, S. 16–65.

2 Was Christian Garve 1802 über die «Freunde der Revolution» sagte, gilt oft auch für zeitgenössische Historiker: wenn sie die Ursprünge revolutionärer Entwicklungen nicht wissen und erklären können, «so nehmen sie zu der öffentlichen Meinung als einer Qualitas occulta, die alles erklären kann ... ihre Zuflucht. Vgl. ders.: «Ueber die öffentliche Meinung», in: ders.: *Versuche über verschiedene Gegenstände aus Moral, der Litteratur und dem gesellschaftlichen Leben*, Bd. 5, Breslau 1802, S. 296, zit. nach: Lucian Hölscher: Artikel «Öffentlichkeit», in: O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4.

ironischerweise verflüchtigt, statt sich zu offenbaren, der verhüllt, was er zeigen sollte, hat seit seiner Entstehung in den deutschen Befreiungskriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur wenig an Klarheit gewonnen. Der Begriff der «öffentlichen Meinung», schreibt Friedhelm Neidhart, «gehört seit Jahrzehnten zu den mysteriösesten Begriffen der Sozialwissenschaften»<sup>3</sup>. Auch Meister der Geschichtswissenschaft verwenden ihn vorwiegend in metaphorischen Wendungen. So Thomas Nipperdey in seiner «Deutschen Geschichte»: «Das ist die Brücke zwischen Ideen und Realität, die öffentliche Meinung, die allgemeine Überzeugung; in ihr werden Recht und Idee zur materiellen Macht.»<sup>4</sup>

Den bahnbrechenden Versuch zur historisch-soziologischen Klärung des Öffentlichkeitsbegriffs hat Jürgen Habermas zu Beginn der sechziger Jahre unternommen<sup>5</sup>. Schon im Vorwort hat er ausgedrückt, was bis heute die spezifische Schwierigkeit (und Chance) des Begriffs ist: Er lässt sich innerhalb der traditionellen Grenzen jeder einzelnen sozialwissenschaftlichen Disziplin nicht sinnvoll klären. Die Integration soziologischer, historischer und sozialphilosophischer Aspekte ist zwingend, das erfordert interdisziplinäre Forschung mit den bekannten Risiken und Chancen. Gerade wegen ihres fächerübergreifenden Ansatzes hat die Arbeit von Habermas vielerlei Kritik gefunden (und noch mehr Anregungen provoziert). Von soziologischer Seite wurde ihr die normative Ladung des Öffentlichkeitsbegriffs vorgeworfen, von geschichtswissenschaftlicher Seite die ungenügende historische Füllung. Tatsächlich hat Habermas' Entwicklungsgeschichte vom «kulturräsonierenden» bürgerlichen Publikum des späten 18. Jahrhunderts zum «kulturkonsumierenden» Publikum den Charakter eines säkularen Verfalls: An die Stelle einer Öffentlichkeit, die sich im Kantschen Sinne selber aufklärt und so Vernunft und Tugend hervorbringt, tritt die manipulativ hergestellte, «vermachtete» Öffentlichkeit. Zentral für diesen Prozess ist der Um- und Ausbau der «Infrastruktur» der Öffentlichkeit: der Medien. Die Produktion, der Vertrieb und der Konsum von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften verändern sich – und mit ihnen die Inhalte. Der Aufstieg der elektronischen Massenmedien bringt einen neuen Kommunikationsschub, Werbung wird wichtiger, Information und Unterhaltung gleichen sich an, während gleichzeitig das liberale Vereinswesen zerfällt. Überschaubare kommunale Öffentlichkeiten verschwinden, «Medienmacht» ist entstanden, die dem Prinzip der

3 Friedhelm Neidhart (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Sonderheft 34 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen 1994, S. 25.

4 Th. Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1991 (5. Aufl.), S. 719.

5 Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1962.

Publizität seine Unschuld geraubt hat. Statt horizontal vernetzter, schwach institutionalisierter und diskursförmiger Kommunikationsprozesse der Freien und Gleichen, um das Bild über Habermas hinaus zuzuspitzen, beeinflusst mediale Macht gezielt die Entscheidungen von Konsumenten, Wählern und Klienten, um Kaufkraft, Loyalität oder Wohlverhalten zu mobilisieren. Habermas selber kommt den Kritikern seines normativ geladenen Verfallsszenarios mittlerweile recht weit entgegen<sup>6</sup>. Er räumt ein, dass die «Diagnose einer geradlinigen Entwicklung vom politisch aktiven zum privatistischen, 'vom kulturräsonnierenden zum kulturkonsumierenden Publikum'» zu kurz greife. Die Erfahrungen und Analysen der letzten dreissig Jahren ergäben ein differenzierteres Bild. Das kritische Potential eines Publikums, das aus den kulturellen Gewohnheiten der Klassenschranken hinausgetreten sei und sich vielfältig neu vergemeinschaftet habe, sei grösser als seinerzeit angenommen. Kulturelle Vereinigungen, Akademien, Sport- und Freizeitvereine, Debatierclubs, Bürgerforen, soziale Bewegungen, unabhängige Medien knüpften an jenes Vereinswesen an, das einst das «soziale Stratum» der bürgerlichen Gesellschaft gebildet hätte. Habermas' skeptischer Optimismus bezieht sich also auf die «Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft» und ihrer nichtvermachteten politischen Öffentlichkeit. Sein relativer Optimismus ist wohl auch dem Umbruch in Osteuropa von 1989 geschuldet, den (meist) sanften Revolutionen, die von Bürgerbewegungen als Trägern der «Zivilgesellschaft» in Szene gesetzt wurden. Der seither dort grassierende Nationalismus, der in der Regel ebenfalls von den institutionellen Kernen der Zivilgesellschaft getragen und verkörpert wird, dürfte nicht nur Habermas überrascht haben. Wie dem auch sei: Für ihn ist es eine empirische (also offene) Frage, «ob und in welchem Umfang eine von Massenmedien beherrschte Öffentlichkeit den Trägern der Zivilgesellschaft Chancen einräumt, mit der Medienmacht der politischen und wirtschaftlichen Invasoren aussichtsreich zu konkurrieren, also das Spektrum der durch Einflussnahme von aussen kanalisierten Werte, Themen und Gründe zu verändern, innovativ zu entschränken und kritisch zu filtern»<sup>7</sup>.

6 Vgl. die Neuauflage von 1990 bei Suhrkamp und darin das ausführliche Vorwort, S. 11–50. Die Normativität des «Gesinnungsbegriffs Öffentlichkeit» (Hölscher) liegt an seinem utopischen Überschuss. Einerseits ist Öffentlichkeit eine notwendige Bedingung für Vernunft und redliche Gesinnung, andererseits nirgends und nie restlos verwirklicht.

7 Vorwort der Neuauflage S. 47f. Habermas hat sein Interesse an einer normativen Bestimmung öffentlicher Kommunikation nicht aufgegeben. Er macht sie aber *nicht* mehr an einem (tendenziell überhöhten) realhistorisch existierenden sozialen Kollektiv wie der frühbürgerlichen Öffentlichkeit fest, sondern an der empirischen Überprüfung der Qualität des Diskurses in einem sozialen Kollektiv. Die bürgerliche Öffentlichkeit wird also ersetzt durch das «kommunikative Handeln», den herrschaftsfreien Diskurs als Bedingung der Vernunft (vgl. Jürgen Habermas: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt a. M. 1981, Bd. 2, S. 548ff.; Vorwort zur Neuauflage S. 34).

Auch der historischen Forschung musste Habermas seinen Tribut zahlen. Nicht dem beliebten und beliebigen Argument, dass die historische Realität komplexer sei als das Modell; sondern dem gewichtigen und folgenreichen Hinweis, dass es falsch ist «vom Publikum im Singular zu sprechen»<sup>8</sup>. Mit andern Worten: Mit und neben der bürgerlichen Öffentlichkeit entstehen andere Öffentlichkeiten<sup>9</sup>. Die Öffentlichkeit als das Medium, durch das und innerhalb dessen sich eine Gesellschaft als politischer Körper konstituiert, ist gegliedert und geschichtet. Sie ist fragmentiert, denn nicht jeder spricht mit jedem, nicht alle sprechen über alles. Die Öffentlichkeit hat eine Kommunikationsstruktur, die unterschiedliche Teilöffentlichkeiten oder Arenen umfasst. Diese entstehen, wie wir sehen werden, sehr oft gegeneinander: Die Integration einer Teilöffentlichkeit bedeutet deren Abschliessung gegen andere Gruppen, die sich gerade wegen dieses Ausschlusses zur konkurrierenden Teilöffentlichkeit entwickeln. Insofern scheint es aus historischer Sicht nicht unproblematisch, wenn die «prinzipielle Unabgeschlossenheit» als konstitutiv für Öffentlichkeit erachtet wird. Der normative Anspruch, Öffentlichkeit müsse «offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung», kann nur als heuristisches Mittel sinnvoll verwendet werden<sup>10</sup>. Anders ausgedrückt: Die Offenheit von Öff-

8 Vorwort der Neuauflage S. 15.

9 Habermas sieht sich durch H. U. Wehlers und Richard von Dülmens Analysen des frühbürgerlichen Vereinswesen und der damit einhergehenden Kommunikationsverdichtungen einer kleinen, kritisch diskutierenden Öffentlichkeit im wesentlichen bestätigt (H. U. Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 1700–1815*, München 1987, S. 303–326; Richard von Dülmen: *Die Gesellschaft der Aufklärer*, Frankfurt a. M. 1986). Für die Schweiz siehe den Aufsatz von Andreas Würzler in diesem Heft, sowie Ulrich Im Hof: *Die Entstehung einer politischen Öffentlichkeit in der Schweiz. Struktur und Tätigkeit der Helvetischen Gesellschaft*, Bern 1983, sowie H. U. Jost: «Sociabilité, faits associatifs et vie politique en Suisse au 19<sup>e</sup> siècle», in: ders. u. Albert Tanner (Hg.): *Geselligkeit, Sozietäten und Vereine*, Zürich 1991, S. 7–29. – Habermas gibt andererseits zu, dass vor allem die englische Sozialgeschichte im Anschluss an E. P. Thompsons bahnbrechendes Werk über die Formierung der englischen Arbeiterklasse (das ein Jahr nach der Erstveröffentlichung des «Strukturwandels» erschien) gezeigt habe, dass wir es gleichzeitig mit mehreren koexistierenden oder konkurrierenden Öffentlichkeiten zu tun haben (E. P. Thompson: *The Making of the English Working Class*, London 1963; deutsch *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, Frankfurt a. M. 1987). – Den Ausschluss des weiblichen Geschlechts als konstitutives Element der Bildung einer politischen Öffentlichkeit, verbunden mit einem geschlechtsspezifischen Verhältnis zum Privaten, betont die feministische Forschung Vgl.: Carol Pateman: «The Fraternal Social Contract», in: J. Keane (Hg.): *Civil Society and the State*, London 1988, zit. nach J. Habermas: Vorwort der Neuauflage, S. 20.

10 «Öffentlichkeit entsteht dort, wo ein Sprecher vor einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen er nicht bestimmen kann.» (Friedhelm Neidhart [Hg.]: *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Sonderheft 34 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen 1994, S. 10). Hölscher weist darauf hin, dass bereits die bürgerliche Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts keine «Öffentlichkeit» in dem Sinn gewesen sei, dass sie allen den Zugang erlaubt hätte. Wohl waren die ständischen Kriterien obsolet, an ihre Stelle traten sachliche Qualifikationen wie Bildung (Lesefähigkeit) und damit meist auch Geld; diese sind aber, und das ist entscheidend, prinzipiell *erwerbbar*. (s. Lucian Hölscher: Artikel «Öffentlichkeit», in: O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck [Hg.]: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4., S. 431f.). Die normativen Elemente des Öffentlichkeitsbegriffs expliziert Bernhard Peters: «Der Sinn von Öffentlichkeit»,

fentlichkeit ist relativ, ihre Fragmentierungen sind als Teil des sozialen Wandels einmal stärker, einmal schwächer, und die *Zutrittskriterien* verändern sich. Öffnungen und Schliessungen von Öffentlichkeiten müssen im historischen Prozess verfolgt und analysiert werden, ganz im Sinn einer Erforschung des Strukturwandels der Öffentlichkeit.

Was bedeutet das? Der Begriff der Öffentlichkeit muss zurückgebunden werden an jene Kommunikationsgemeinschaften, die faktisch Öffentlichkeit(en) produzieren. Denn es sind ja diese Gemeinschaften, welche die Zugangskriterien für Themen und Meinungen regulieren, die das Sagbare vom Unsagbaren unterscheiden, das Gültige vom Ungültigen und damit das Eigene vom Anderen trennen<sup>11</sup>. Dabei müssen zwei Missverständnisse vermieden werden. Erstens: Diese Rückbindung von Öffentlichkeit an Gemeinschaft darf nicht mit deren Gleichsetzung verwechselt werden. Die Öffentlichkeit einer sozialen Gemeinschaft ist nicht die Gemeinschaft selber, sondern die Sphäre, in der die Gemeinschaft über sich (und ihre Umwelt) kommuniziert. Zweitens: Wenn jetzt von Gemeinschaften die Rede ist, die an ihre spezifische (Teil-)Öffentlichkeit gekoppelt sind, bedeutet das nicht, dass es zwischen diesen verschiedenen Gemeinschaften (oder Teilöffentlichkeiten) keine Interaktionen in der Sphäre einer gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit gäbe. Inwiefern dies der Fall ist, ist eine wesentliche empirische Frage, die uns zur Kommunikationsstruktur einer Gesellschaft führt<sup>12</sup>. Kommunikationsstrukturen, die viele Gemeinschaften in der Gesellschaft miteinander verbinden, die eine Öffentlichkeit des gemeinsamen Diskurses der Verschiedenen schaffen und so Aushandlungs- und Angleichungsprozesse ermöglichen, unterscheiden sich von Gesellschaften, deren Kommunikationsstrukturen fragmentiert sind, in denen jenseits der Gemeinschaft keine Verbindlichkeiten mehr existieren. In diesem Extremfall löst sich die Gesellschaft auf, denn ihre Teilöffentlichkeiten überlappen sich nicht mehr zu einer Gesamtöffentlichkeit.

in Friedhelm Neidhart (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Sonderheft 34 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen 1994, S. 42–76. Bezeichnenderweise spielt der Öffentlichkeitsbegriff bei Marx keine grosse Rolle, der ihn auf seine öffentlich-rechtliche Bedeutung reduziert. Das mag mit den Erfahrungen der staatlichen Verfolgung zusammenhängen, die die Kommunisten zur Bildung von Geheimbünden zwang. Aber auch wenn diese die Öffentlichkeit als von den Bedürfnissen der bestehenden Gesellschaftsordnung strukturierten Raum auffassten, den es durch gezielte Propaganda zu destabilisieren galt, geschah das nicht zuletzt durch die Einforderung der Utopie einer bürgerlichen Öffentlichkeit im Vollsinn (vgl. Hölscher, «Öffentlichkeit», S 461ff.).

11 Für den Vorschlag, die Arbeiterklasse als historische Öffentlichkeit für die Sozialgeschichte fruchtbar zu machen, vgl. Andreas Ernst: «Klassen als historische Öffentlichkeiten. Arbeiterbewegungsgeschichte, Arbeitergeschichte und die Kategorie Öffentlichkeit», in: Martin Kohli (Hg.): *Die Bildung und Auflösung von Klassenmilieus und -identitäten*, Berlin 1996.

12 Zum Begriff der Kommunikationsstruktur und ihrem Verhältnis zum sozialen Wandel in den Gesellschaften der Moderne vgl. K. Imhof u. G. Romano: *Theorie des sozialen Wandels: Zur Diskontinuität der Moderne*, Frankfurt a. M. 1996; sowie den Artikel von Kurt Imhof in diesem Heft.

## II

Öffentlichkeit und Öffentlichkeiten integrieren sich in modernen Gesellschaften aber nicht mehr ausschliesslich über eine Face-to-face-Kommunikation, sondern sind massenmedial vernetzt. Es ist deshalb einleuchtend, dass Öffentlichkeitsforschung ganz wesentlich (aber nicht nur) Massenmedienforschung ist. Trotzdem wäre es falsch, sich an einem Modernisierungskontinuum zu orientieren, das von der Versammlungsöffentlichkeit zur rein massenmedial integrierten Öffentlichkeit führte. Gerade die Forschung über soziale Bewegungen zeigt, dass die Versammlungsöffentlichkeiten nach wie vor die Menschen mobilisieren und integrieren können und ihren eigenen, spezifischen Umgang mit und in der massenmedialen Öffentlichkeit pflegen. Ein Versuch, *massenmediale* Öffentlichkeit zu «vermessen» und in Beziehung zu setzen zur Bildung und Auflösung von Partei- und Bewegungsmilieus und damit zu sozialem Wandel überhaupt, stellt das kürzlich abgeschlossene Nationalfondsprojekt «Krise und sozialer Wandel. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz 1910–1990» dar, an dem der Verfasser mitbeteiligt war.

Das Projekt hat vier Deutschschweizer Tageszeitungen («Neue Zürcher Zeitung», Luzerner «Vaterland», «Berner Tagwacht», «Tages-Anzeiger» und «Blick», seit 1959) einer quantitativen und qualitativen Analyse unterzogen<sup>13</sup>. Aus der Analyse der differierenden zeitgenössischen Wahrnehmungen versuchte das Forschungsprojekt Aufschluss zu erhalten über die milieuspezifisch dominierenden Deutungsmuster und deren Wandel im Laufe der Zeit. Dabei galt die besondere Aufmerksamkeit den Wendepunkten der sozialen Entwicklung<sup>14</sup>. Aus der Erhebung resultierten –

13 Ein Vergleich der Resultate mit repräsentativen Daten aus der Welschschweizer Zeitungslandschaft steht noch aus und wäre ein höchst reizvolles Unternehmen. Für die Umbruchszeit von 1918 bis 1924 liegt ein Vergleich mit vier repräsentativen deutschen Zeitungen vor. Vgl.: Andreas Ernst: *Sonderweg und Sonderfall. Krise und Kontingenz in Deutschland und in der Schweiz 1917–1925*, Diss. Univ. Zürich 1996. Weitere Angaben zum Projekt vgl.: Kurt Imhof: «Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung?» in: Kurt Imhof, Heinz Kleger, Gaetano Romano (Hg.): *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich 1993 (= *Krise und sozialer Wandel*, Bd. 1).

14 Im Untersuchungszeitraum sind sowohl die Krisenphasen der Schweiz um den 1. Weltkrieg und in der ersten Hälfte der 30er Jahre eingeschlossen sowie die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegszeit. Der Aufschwung der 50er und 60er Jahre, die «Kulturrevolution» der späten 60er und frühen 70er Jahre mit ihrer prekären Stabilisierung nach 1975 und die Identitäts- und Wachstumsprobleme der späten 80er Jahre wurden erfasst. Die Untersuchung der Charakteristika von Kriseneingängen und -ausgängen, sowie von stabilen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung sind wichtige Forschungsziele. Sie sollen eine präzisere Periodisierung der Schweizer Geschichte des 20. Jahrhunderts erlauben. – Methodisch bewegt sich das Projekt weitgehend auf Neuland. Um die Hierarchie der quantitativ wichtigsten Medienereignisse möglichst eindeutig aus den Verstehenshorizonten der Redaktionen zu erschliessen, passt sich die Erhebung an die Struktur des jeweiligen Mediums an. Ein zeitungsgeschichtlich wichtiges Nebenprodukt der Erhebung ist die Erfassung des Strukturwandels der Medien. – Zur Untersuchung bieten sich grundsätzlich drei Typen von Massenmedien an, die sich im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts ausdifferenziert haben. a) Aus der Gesinnungspresse klassischen Stils



neben einer Erfassung der sich verändernden Zeitungsstrukturen – je Medium und Jahr die zehn flächenbezogen grössten *Medienereignisse*. Die insofern repräsentativen Medienereignisse wurden inhaltsanalytisch ausgewertet. Sie wurden in bezug auf Übereinstimmung oder Abweichung ihrer Relevanzstrukturen (unterschiedliche bzw. ähnliche Aufmerksamkeit gegenüber den Vorgängen in der Welt) verglichen, Selbst- und Fremdtypisierungen wurden untersucht und die unterschiedlichen Vorstellungen von Staat, Volk und Nation analysiert. Ein wichtiges Erkenntnisinteresse schliesslich war die Periodisierung von stabilen «Strukturphasen» und kurzen, konfliktiven Krisenphasen, in denen dominante Weltdeutungen und Machtverteilungen zur Disposition stehen. Die Öffentlichkeit wird hier also über die «Veröffentlichkeit», die Zeit über Zeitungen erschlossen, um die Einschätzung vergangener Gegenwart und Zukünfte, die Eigen- und Fremdbilder, ihre Brüche und Kontinuitäten im öffentlichen Raisonement zu erfassen. Die theoretische Grundlage des Projekts ist eine phänomenologisch orientierte Theorie, die im Aufbau und Zerfall intersubjektiv geteilter Deutungskonfigurationen die treibende Kraft sozialen Wandels erblickt<sup>15</sup>. Danach stehen gesellschaftliche Akteure nicht einer an sich gegebenen Realität gegenüber, sondern generieren die Welt über Deutungsprozesse. Regierungs- und Verwaltungsstellen, Parteien, Verbände, Grossfirmen und vor allem Medienorganisationen («Kommunikationszentren») überziehen die Gesellschaft mit einem Kommunikationsnetz (oder «Sinnzirkel»), dem die staatstragenden Schichten zugehören. Darin werden gesellschaftlich relevante Deutungsmuster hergestellt und intersubjektiviert. Hier wird «öffentliche Meinung» gebildet. Daneben existieren «autonome Öffentlichkeiten» (politische Kleingruppen, subkulturelle Milieus), die abweichende Weltinterpretationen pflegen. Sinnzirkelteilnehmer wie autonome Öffentlichkeiten reflektieren und verbreiten Deutungsmuster via Massenmedien. Damit sind

entwickelten sich die parteiabhängigen oder parteinahen Zeitungen (z. B. «NZZ», seit 1767; freisinnig-liberal), das «Vaterland» (seit 1871; konservativ-katholisch), das «Volksrecht» (seit 1881; sozialdemokratisch) und die «Tagwacht» (seit 1892; sozialdemokratisch). b) Mit der Kommerzialisierung der Presse entfalteten sich im 19. Jahrhundert die parteiunabhängigen oder überparteilichen Zeitungen. Die erste ihrer Art ist der «Tages-Anzeiger» (seit 1892). Eine spezielle Form der überparteilichen Zeitungen ist die Boulevard-Presse. Für die Schweiz ist sie repräsentiert durch den «Blick» (seit 1959). c) Im 20. Jahrhundert gewinnen schliesslich die elektronischen Medien grosse Bedeutung. Radio und Fernsehen wurden in den 30/40er bzw. 60er Jahren massenwirksam. Eine Piloterhebung von Relevanzstrukturen in den elektronischen Medien ist dank der Unterstützung des Bundesamts für Kommunikation (BAKOM) im Gange. – Vgl. auch die auf ähnlichen theoretischen Prämissen beruhende Längsschnittanalyse von Manuel Eisner: *Politische Sprache und sozialer Wandel. Eine quantitative und semantische Analyse von Neujahrsleitartikeln in der Schweiz von 1840 bis 1987*, Zürich 1991.

15 Vgl. K. Imhof u. G. Romano: *Theorie des sozialen Wandels: Zur Diskontinuität der Moderne*, Frankfurt a. M. 1996. Der Ansatz ist inspiriert von H. Siegenthalers Modell ungleichmässiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in modernen kapitalistischen Gesellschaften. Vgl. ders.: *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen*, Tübingen 1993.

diese historische Quellen, die den Aufbau und Zerfall von Interpretationen der Welt beobachten lassen. Deutungsmuster sind insofern eine eminent sozialgeschichtliche Kategorie, als sie über die Definition von Identitäten und Zielvorstellungen Handlungsspielräume eröffnen. Durch Modernisierungsprozesse, vor allem durch wirtschaftliches Wachstum mit seinen Gewinnern und Verlierern, geraten solche Deutungsmuster zyklisch unter Druck. Bewährte Handlungsrountinen scheinen einer veränderten und unverständlich gewordenen Welt nicht mehr zu genügen. Was selbstverständlich war, wird nun in Frage gestellt und gerät in Konkurrenz mit alternativen Deutungsmustern aus dem Bereich der «autonomen Öffentlichkeiten». So entsteht eine gesellschaftliche Orientierungskrise, die durch die Unbestimmtheit ihres Ausgangs sowohl Hoffnungen wie Ängste weckt. In mühevollen konfliktreichen Prozessen müssen neue, vertrauenswürdige Deutungsmuster entwickelt und durchgesetzt werden. Nur so wird zielgerichtetes Handeln in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wieder möglich. – Dieses hier grob skizzierte Programm wurde als Medienanalyse umgesetzt. Als Reflektoren und Diffusionskanäle von Deutungsmustern boten sich Massenmedien für eine exemplarische Untersuchung des Wandels von gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen an. Durch systematische, breit angelegte Inhaltsanalysen wurden Phasen höherer Konsensualität von denjenigen mit hohem Dissensgrad unterschieden und die dazwischen liegenden Bruchstellen identifiziert.

Von der auf vier Bände geplanten Buchreihe des Projekts sind bisher zwei erschienen<sup>16</sup>. Die (fast) ausschliessliche Konzentration auf Tageszeitungen als Quellen öffentlicher Kommunikation, die der Buchreihe und zahlreichen Arbeiten und Aufsätzen in diesem Kontext zugrundeliegt, ist alt und neu zugleich. Alt ist sie insofern, als die «Veröffentlichung» für einen grossen Teil der Literatur, die sich mit den konfliktiven Integrationsprozessen von Parteimilieus und sozialen Bewegungen befasst, schon lange eine wesentliche Quelle ist. Sie ist es aus guten Gründen, wenn auch oft uneingestanden. So stützt sich die wegweisende Studie von Urs Allematt über die Entstehung der nationalen Organisationen im schweizerischen politischen Katholizismus in entscheidendem Ausmass auf das Pressewesen. Es erschliesst die innerkatholischen Diskussionen, die Wahrnehmung und Interpretation des politischen Gegners, kurz jene Öff-

16 Kurt Imhof, Heinz Kleger, Gaetano Romano (Hg.): *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich 1993 (= Krise und sozialer Wandel, Bd. 1); dies. (Hg.): *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*, Zürich 1996 (= Krise und sozialer Wandel, Bd. 2).

fentlichkeit, in welcher der politische Katholizismus gewissermassen zu sich kommt. Im kurzen Bericht zur Quellenlage wird dann aber der Publizistik bloss die Lückenbüsserfunktion zuerkannt: «Zur Ausfüllung der bestehenden Lücken in den eigentlichen Vereins- und Privatarchivalien zogen wir neben den Korrespondenzen die Tageszeitungen, die Verbandsblätter und die Jahresberichte heran.»<sup>17</sup> Diese weitverbreitete und eigenartige Verdrängung des realen Nutzens einer Quellengattung ist schwierig zu erklären. Möglicherweise widerspricht die Zeitung als öffentlich zugängliche Quelle einem quasi archäologischen Instinkt vieler Historiker, die ans Licht ziehen wollen, was vordem tief im Verborgenen lag. Hagen Schulze glaubt denn auch, dass «die Unterschätzung des Informationsgehalts von Periodika ... sicher teilweise am höheren wissenschaftlichen Prestigewert unveröffentlicher Quellen (liegt), aber auch an der mit der Zeitungslektüre verbundenen zeitraubenden Tätigkeit; wer einmal vierzig Jahrgänge des 'Vorwärts' durchgesehen hat, weiss, wovon hier die Rede ist»<sup>18</sup>. Wie dem auch sei: Die Massenmedien als Quellen haben eine (versteckte) Tradition. Neu ist nun, dass ihre Verwendung im Rahmen einer theoretischen Konzeptionalisierung systematisiert wird. Man verwendet die Medien nicht, weil es nichts Besseres gibt, sondern es gibt nichts Besseres als die Medien, wenn es darum geht, den Strukturwandel der Öffentlichkeit historisch-empirisch zu rekonstruieren. Was sind die Erträge für eine öffentlichkeitsbezogene Parteienforschung?

Ein Überblick über die Beiträge zeigt zwei Resultate: Zum einen werden neue Periodisierungsvorschläge für die Schweizer Geschichte zwischen 1910 und 1950 gemacht. Zum andern wird die Dynamik gesellschaftlicher Krisen präziser bestimmt. Zur Periodisierung: Die Autoren lassen die Vorgeschichte des Landesstreiks nicht mit dem Ersten Weltkrieg und den sozialen Zumutungen der Kriegswirtschaft beginnen, sondern zwischen 1910 und 1912 mit einer verpassten Chance zum sozialpartnerschaftlichen Ausgleich<sup>19</sup>. Die Bereitschaft dazu war insbesondere in sozialpolitisch aktiven Kreisen des Freisinns gegeben. Der Linksfreisinn gerät aber zwischen die Mühlen des rechten und gewerblichen Flügels einerseits und der sich unter Robert Grimm radikalierenden Sozialdemokratie. Mit dem Zürcher Generalstreik von 1912 eskaliert und polarisiert sich die Auseinandersetzung. Was zuvor als Umverteilungsproblem interpretiert

17 Urs Altermatt: *Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto*, Zürich 1991, S. 458 (1. Auflage 1972).

18 Hagen Schulze: *Otto Braun oder Preussens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt a. M. 1977, S. 27.

19 Franz Horvath und Matthias Kunz: «Sozialpolitik und Krisenbewältigung am Vorabend des Ersten Weltkriegs», in: Imhof/Kleger/Romano (Hg.): *Konflikt und Konkordanz*, S. 61–108.

wurde, stellt sich nun als Ordnungsfrage: Aus dem Konflikt um «mehr» oder «weniger» Sozialstaat ist ein Kampf um Ordnung oder Umsturz geworden. So stehen sich eine bürgerliche und eine proletarische Öffentlichkeit bereits vor dem Krieg recht unversöhnlich gegenüber, und der Burgfrieden ist nichts als ein falsch klingendes Intermezzo, oder anders gesagt, das Resultat einer vorübergehend handlungsunfähigen Sozialdemokratie, die sich alsbald unter Grimms Ägide in kürzester Zeit aus dem bürgerlichen «Lotterbett» befreit. In der Landesstreikkrise von 1918 scheint sich das Szenario, wenn auch dramatisch verschärft, zu wiederholen: Reformbereite Kräfte im Freisinn gewinnen in der sich auflösenden Partei vorübergehend die Oberhand, werden vom eskalierenden Klassenkampf an die Wand gedrängt und verschwinden im Zug einer bäuerlich-bürgerlichen Rechtsentwicklung aus dem öffentlichen Diskurs<sup>20</sup>. Auch die Mitte-Links-Verständigung, der Beginn der helvetischen Konkordanz, wird vordatiert. Bereits zwischen 1933 und 1935 vollzieht sich in allen relevanten Parteimilieus ein fundamentaler Lernprozess, der die Weichen stellt. Den Anstoss dazu gibt die beobachtete Verfolgung der jeweiligen Schwesterparteien im nationalsozialistischen Deutschland, die schliesslich auch die ausdauernde Sympathie der Katholisch-Konservativen für den deutschen «Ordnungsgedanken» untergräbt. Verstärkt wird die Disposition zum demokratisch-sozialen Schulterchluss unter nationalen Vorzeichen durch die Protestbewegung der «Fronten». Zu Beginn in rechtsbürgerlichen Kreisen durchaus mit Wohlwollen als antibolschewistische Speerspitze betrachtet, entpuppt sich ihr Rassendiskurs insofern als antinational, als eine ethnische Definition das Ende des schweizerischen Vielvölkerstaates bedeuten würde<sup>21</sup>. Sie werden in der Folge in der parteipolitischen Veröffentlichung entweder totgeschwiegen oder dienen als «innerer Feind» der nationalen Integration. Mit dieser Perspektive ist auch eine Neubewertung der «Geistigen Landesverteidigung» verbunden (– ein genuines «Öffentlichkeitsphänomen»!). Gegen die «revisionistische» Position (H. U. Jost, J. Tanner), die dieses Geschichtsbild als autoritäre Umsetzung offiziöser Kulturpolitik oder gar als Teilkonzession an den nationalsozialistischen Zeitgeist versteht, wird die «Geistige Landesverteidigung» als von links kommender, volksdemokratischer und antitotalitärer Basiskonsens interpretiert. Dessen Folge sei nicht Konservierung,

20 Andreas Ernst und Erich Wigger: «Innovation und Repression: Die Restabilisierung der bürgerlichen Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg», in: Imhof/Kleger/Romano (Hg.): *Konflikt und Konkordanz*, S. 109–172.

21 Oliver Zimmer: «Zur Typisierung der Juden in der Schweizer Tagespresse der Jahre 1933–1934: Aspekte eines Fremdbildes im Prozess nationaler Identitätskonstruktion», in: Imhof/Kleger/Romano (Hg.): *Konflikt und Konkordanz*, S. 247–288; ders.: «Die 'Volksgemeinschaft'. Zur Entstehung einer schweizerischen Einheitssemantik in den 1930er Jahren», in: Imhof/Kleger/Romano (Hg.): *Konkordanz und Kalter Krieg*.

sondern die progressive Überwindung eines sterilen Klassenkampfdiskurses gewesen<sup>22</sup>. Ein, soweit ich sehe, neuer Periodisierungsvorschlag stellt die Identifizierung einer «Transformationsphase» der Schweiz nach 1943 (mit der sich abzeichnenden Niederlage Deutschlands) und 1950 (dem Beginn des Kalten Krieges) dar. Imhof sieht hier ein Aufbrechen des zwischenparteilichen Kriegskonsenses infolge der abnehmenden Bedrohung durch Nazi-Deutschland. Die Sozialdemokratie, deren Integration nicht über den substantiellen Ausbau des Sozialstaats, sondern über die gemeinsame Verteidigung der Demokratie erfolgt sei, schert aus, wird erst prosowjetisch, dann neutralistisch und partizipiert schliesslich mit dem Ausbruch des Koreakriegs am erneuerten antikommunistischen Konsens<sup>23</sup>.

Die vorgestellten Zäsuren (1910–1912, 1917–1920, 1933–1935, 1943–1950) markieren Umbruchsphasen, deren Festsetzung (mit Ausnahme der letzten) nicht vollkommen neu ist<sup>24</sup>. Neu ist dagegen die Möglichkeit, die Konfliktdynamik im vielstimmigen öffentlichen Diskurs systematisch verfolgen zu können. Das scheint mir entscheidend: Die noch so geheimen Absprachen in den Hinterzimmern der Macht (oder der Ohnmacht) müssen sich in demokratisch verfassten Gesellschaften, wenn sie breitenwirksam werden sollen, im «publikumsoffenen Elitediskurs» der Veröffentlichlichkeit niederschlagen. Ganz im Sinn von Kosellecks Diktum: «Der semantische Kampf um politische oder soziale Positionen zu definieren und kraft dieser Definitionen aufrecht zu erhalten oder durchzusetzen, gehört

22 Kurt Imhof: «Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung: Von der 'Volksgemeinschaft' vor dem Krieg zum Streit über die 'Nachkriegsschweiz' im Krieg», in: Imhof/Kleger/Romano (Hg.): *Konkordanz und Kalter Krieg*. Die wichtige Rolle der Richtlinienbewegung als Experimentierfeld der Verständigung stellt jetzt umfassend Pietro Morandi dar. Vgl. ders.: *Krise und Verständigung. Die Richtlinienbewegung und die Entstehung der Konkordanzdemokratie 1933–1939*, Zürich 1995. Zum «Revisionismus» und seiner Entstehungsgeschichte wie zur Historiographie über jenen Zeitabschnitt überhaupt vgl. den aufschlussreichen Forschungsüberblick von Georg Kreis. Ders.: «Die Schweiz der Jahre 1918–1948», in: Allg. geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz (Hg.): *Geschichtsforschung in der Schweiz. Bilanz und Perspektiven – 1991*, Basel 1992, S. 378–396.

23 Kurt Imhof: «Die Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz», in: Imhof/Kleger/Romano (Hg.): *Konkordanz und Kalter Krieg*.

24 Allerdings dominieren die beiden Weltkriege die Periodisierungen noch stark. Vgl. z. B. Roland Ruffieux: *La Suisse de l'entre guerres*, Lausanne 1974; Hans von Greyerz: *Die Schweiz zwischen zwei Weltkriegen*, Zürich 1980. Auch Jost nimmt das Jahr 1914 zum Beginn einer Periode, die dann aber über das Kriegsende hinaus bis 1923 reicht. Selbst für die kriegsverschonte Schweiz erscheint 1945 als magische Zahl: vgl. die entsprechenden Beiträge in B. Mesmer u. a. (Red.): *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel 1986. Eine Periodisierung, die sich nicht an Ereignissen, sondern an einer Abfolge von strukturzentrierten Phasen und Krisen orientiert, wurde erstmals von H. Siegenthaler vorgeschlagen. Vgl. dazu ders.: «Die Rede von der Kontinuität in der Diskontinuität des sozialen Wandels – das Beispiel der dreissiger Jahre», in: S. Brändli u. a. (Hg.): *Schweiz im Wandel. Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte*, Basel 1990. Explizit mit den Periodisierungsproblemen der zehner und zwanziger Jahre beschäftigt sich: Andreas Ernst und Erich Wigger (Hg.): *Die Neue Schweiz? Eine Gesellschaft zwischen Integration und Polarisierung 1910–1930*, Zürich 1996.

... zu allen Krisenzeiten ...»<sup>25</sup> Wie manifestieren sich diese Krisenphasen im öffentlichen Diskurs, wie verändern sie die Kommunikationsstrukturen und -inhalte von Öffentlichkeit? Der Blick auf den veröffentlichten Diskurs in der ersten Jahrhunderthälfte offenbart vier Eigentümlichkeiten.

1. Weil die Öffentlichkeit entlang der Parteimilieus und ihren Teilöffentlichkeiten fragmentiert ist, geraten diese zu verschiedenen Zeitpunkten in Orientierungsprobleme. Während also beispielsweise der Freisinn schon 1917 konzeptlos scheint und auseinanderzufallen droht, bestätigt sich für die Sozialdemokratie gerade darin die (stabilisierende) Erwartung auf das nahende Ende des Kapitalismus. Erst mit dem bürgerlichen «roll back» nach dem Landesstreik gerät sie unter Druck, werden ihre Flügelspannungen virulent, und sie spaltet sich schliesslich über langfristigen Strategiefragen (Beitritt zur 3. Internationale). Desorientierte Parteimilieus scheinen die Konfliktdynamik zu verstärken, weil sie für sich und ihre Gegner unberechenbar werden.

2. Das Deutungsvakuum desorientierter Parteimilieus gibt bisher peripheren «autonomen» Öffentlichkeiten die Chance, ihre Interpretationen und Themen in der «Veröffentlichung» zu plazieren. Krisenphasen erweisen sich als Blütezeiten für soziale Bewegungen. Man denke an die Jungbauern und die Fronten in den dreissiger Jahren, oder an die PdA in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

3. Die politische Kommunikation beginnt sich im Krisenkontext auf einige wenige Themen und Ereignisse einzuschiessen. Diese «Kommunikationsverdichtung» lässt sich messen als Angleichung von Relevanzstrukturen. Die gleichen Vorgänge in der Welt werden nun von allen thematisiert, aber ganz unterschiedlich interpretiert. Das polarisiert die Kommunikation, spitzt sie zu auf wenige entscheidende Fragen; im Extremfall auf «wir» oder «sie», bzw. «Sein oder Nichtsein».

4. Die Restabilisierung von Orientierungskrisen scheint regelhaft mit dem Aufbau eines gemeinsamen Bedrohungsbildes verknüpft zu sein. In der konsensuellen Benennung des gemeinsamen Feindes liegt der Kern zur Verständigung: Umsturz und Kulturbolschewismus in den zwanziger Jahren, faschistische und nationalsozialistische Diktatur in den dreissiger Jahren und der expansive Sowjetkommunismus zu Beginn der fünfziger Jahre sind die Basis für wichtige Einigungsprozesse. Dieser Feind hat jeweils seinen Ableger im innenpolitischen Diskurs: die Kommunisten, die Fronten und die PdA führen die Bedrohung permanent vor Augen, als politische Parias markieren sie die Grenzen des Möglichen.

25 Reinhard Koselleck: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1917; S.113.

Inwiefern diese Regelhaftigkeiten nur in einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit gelten, die massgeblich über ihre Parteimilieus integriert ist (für die Schweiz gilt das vielleicht zwischen 1880 und 1960), ist eine offene Frage. Zweifellos hat die Auflösung der alten Parteimilieus und die Ausdifferenzierung eines kommerziell orientierten Mediensystems die Struktur der Öffentlichkeit grundlegend verändert. Darauf werde ich im Ausblick noch zu sprechen kommen.

### III

Wie fügt sich nun die vorgeschlagene Verbindung von Parteien- und Öffentlichkeitsforschung in die Historiographie ein? Dazu möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen zum Stand der historischen Parteienforschung in der Schweiz vorausschicken. Anschliessend werde ich am Beispiel von drei wichtigen parteihistorischen Studien die Chancen einer kommunikationstheoretischen Wende in der Parteiengeschichte abzuschätzen versuchen.

Die Forschung zum *Parteiensystem* der Schweiz ist quantitativ eindeutig, qualitativ tendenziell auf einem unbefriedigenden Niveau. Das hat wohl nicht nur mit der disparaten sozialwissenschaftlichen Forschungsstruktur zu tun, sondern auch mit dem relativ geringen Ansehen, das die Parteien im öffentlichen Leben der Schweiz haben. Weder existiert eine staatliche Finanzierung der Parteien, noch wichtige Stiftungen oder «think tanks», welche die Rolle der Parteien reflektieren. Die Verfassung erwähnt sie mit keinem Wort. Ihr Gewicht scheint durch die Konkurrenz der Verbände und durch die direktdemokratischen Elemente reduziert, welche scheinbar den «Kurzschluss» zwischen politisch-administrativem Apparat und Bürgerschaft ermöglichen. Dass die Mobilisierung der Bürger aber nur im Rahmen einer strukturierten politischen Öffentlichkeit möglich ist, in der die Parteien damals wie heute eine wichtige Rolle spielen, wird oft übersehen. Insofern entspricht die magere Forschungslage keineswegs der Bedeutung des schweizerischen Parteiensystems. Seit Erich Gruner 1977 die zweite (erweiterte) Auflage seines Handbuchs von 1969 über die Parteien in der Schweiz herausgegeben hat, ist auf diesem Feld nicht mehr viel geschehen<sup>26</sup>. In der Erstausgabe beklagte sich Gruner über die erstaunliche Lückenhaftigkeit der Literatur über die schweizerischen Parteien. 1980 hoffte Hans Ulrich Jost im «Handbuch der Schweizer Geschichte» auf eine Parteiengeschichte, die über die Organisationen hinaus zu den «soziopolitischen Subkulturen, zu eigentlichen Bereichen

26 Erich Gruner: *Die Parteien in der Schweiz. Geschichte – neue Forschungsergebnisse – aktuelle Probleme*, Bern 1977 (2. Aufl). Der Artikel im *Handbuch politisches System der Schweiz* ist eine gekürzte Fassung dieses Werks.

der politischen Kultur» vorstosse<sup>27</sup>. Noch immer müssen wir hoffen. Das ist um so bedauerlicher, als Gruners Werk, obwohl unverzichtbar, gewisse Mängel hat. Sie liegen vor allem im wenig systematischen Aufbau, im häufigen Wechsel zwischen Analyse, impressionistischen Exkursen und moralischen Betrachtungen. Neben Gruner bleibt man auf den Handbuchartikel von Greyerz verwiesen, der recht ausführlich die Parteienentwicklung seit 1848 beschreibt<sup>28</sup>. Ziemlich knapp kommt die «Demokratie der Gruppen» bei Ruffieux weg, der den Parteien und Verbänden in seinem Artikel über «Die Schweiz des Freisinns» nur wenige Seiten widmet<sup>29</sup>. So ist man gezwungen, die Analyse des schweizerischen Parteiensystems vom nicht sehr breiten Rücken weniger «Klassiker» aus zu versuchen.

Allerdings hat sich die Situation, was die Geschichte einzelner Parteien und ihrer Milieus betrifft, verbessert. Die Arbeiterbewegungsgeschichte hat auch in der Schweiz vom Boom der 1970er Jahre profitiert. Auch in diesem Bereich hat Erich Gruner Pionierleistungen vollbracht: 1968 mit seinem umfassenden Werk über «Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert» und 1987 als Herausgeber von drei Bänden über «Arbeiterschaft und Wirtschaft»<sup>30</sup>. Das Schwergewicht der Literatur konzentriert sich entsprechend der späten Ausbildung einer autonomen Arbeiterbewegung auf die Zeit nach 1880 und auf die Zwischenkriegszeit, also den Prozess der konfliktreichen Integration in den bürgerlichen Staat. Daneben gibt es zwei regionale Schwerpunkte, die Städte Genf und Basel. Für Zürich hingegen, als wichtiges Zentrum der Arbeiterbewegungsgeschichte, fehlen Übersichtsdarstellungen. Eine umfassende Geschichte der Sozialdemokratischen Partei steht ebenso aus wie eine Sozialgeschichte des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes<sup>31</sup>. Die Geschichte des politischen

27 H. U. Jost: Nachwort zu H. v. Greyerz: «Der Bundesstaat seit 1848», in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, Bd. 2, Zürich 1980, S. 1251f.

28 H. v. Greyerz: «Der Bundesstaat seit 1848», in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, Bd. 2, Zürich 1980, S. 1251ff.

29 Roland Ruffieux: «Die Schweiz des Freisinns (1848–1914)», in: B. Mesmer u. a. (Hg.): *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel 1986, S. 639–730.

30 E. Gruner: *Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat*, Bern 1968. Ders.: *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz. Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisation und Sozialpolitik*, 3 Bde., Zürich 1987f. Der eigentliche Pionier der Arbeitergeschichte als moderner Sozialgeschichte ist, nicht nur für die Schweiz, der von der Volkskunde kommende Rudolf Braun (ders.: *Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) unter Einwirkung des Maschinen- und Fabrikwesens im 19. und 20. Jahrhundert*, Erlenbach 1965). Einen sehr nützlichen Überblick über den Stand der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte in der Schweiz bei: Bernard Degen: «Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte in der schweizerischen Geschichtsschreibung», in: Allg. geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz (Hg.): *Geschichtsforschung in der Schweiz. Bilanz und Perspektiven – 1991*, Basel 1992, S. 79–91.

31 Der Jubiläumsband: *Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz*, Zürich 1988, kann die Lücke in der Parteiengeschichte nicht füllen. Aus



Katholizismus im zwanzigsten Jahrhundert wurde vor allem dank der «Fribourger Schule» von Urs Altermatt seit Mitte der siebziger Jahre in wichtigen Dimensionen aufgearbeitet<sup>32</sup>. Damit sind die beiden wesentlichen Minderheiten der schweizerischen Gesellschaft zwischen 1850 und 1950 einigermaßen zugänglich, ganz anders als der wichtigste Exponent und Träger des modernen Bundesstaates: der Freisinn. Es ist fast unglaublich, dass die staatstragende Parteifamilie noch am Vorabend des 150jährigen Jubiläums des Bundesstaates weitgehend ohne wissenschaftliche Bearbeitung ihrer Erfolgsgeschichte dasteht. Die spärliche Literatur setzt sich aus Untersuchungen von Parteiexponenten sowie einigen Regional- und Spezialstudien zusammen<sup>33</sup>.

Es übersteigt meine Möglichkeiten und wäre auch nicht sinnvoll, nun im Überblick den Stellenwert öffentlicher Diskurse in der Parteienliteratur vor dem Hintergrund eines kommunikationstheoretischen Öffentlichkeitsbegriffs zu diskutieren. Hingegen scheint es mir bemerkenswert zu

klassenkämpferischer Perspektive: Philippe Garbani und Jean Schmid: *Le syndicalisme suisse. Histoire politique de l'Union syndicale, 1880–1980*, Lausanne 1980. Dies: *Un siècle d'Union syndicale suisse*, Freiburg 1980. Immer noch sehr lohnenswert die Kommentare in: Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hg.): *Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart*, Zürich 1975. S. a.: A. Balthasar und E. Gruner (Hg.): *Soziale Spannungen – Wirtschaftlicher Wandel. Dokumente zur Schweiz zwischen 1880 und 1914*, Bern 1989. B. Degen: *Abschied vom Klassenkampf. Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise (1918–1929)*, Basel etc. 1991. O. Scheiben: *Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936*. W. Gautschi: *Der Landesstreik 1918*, 3. Auflage, mit einem Nachwort von H. U. Jost, Zürich 1988. M. Mattmüller: *Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus*, 2 Bde., Zürich 1957 und 1968. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur äussersten Linken bei: H. U. Jost: *Die Altkommunisten. Linksradikalismus und Sozialismus in der Schweiz 1919–1921*, Frauenfeld etc. 1977. H. U. Jost: *Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918*, Bern 1973. Peter Huber: *Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz, 1918–1935. Der Streit um die Einheitsfront in der Zürcher und Basler Arbeiterschaft*, Zürich 1986. Hansueli von Gunten und Hans Vögeli: *Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu andern Linksparteien in der Schweiz (1912–1980)*, Bern 1980.

32 Urs Altermatt: *Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto. Die Entstehung der nationalen Volksorganisationen im Schweizer Katholizismus 1848–1919*, Zürich etc. 1972. Ders.: *Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert*, Zürich 1989. Ders.: «Katholische Subgesellschaft. Thesen zum Konzept der 'katholischen Subgesellschaft' am Beispiel des Schweizer Katholizismus», in: Karl Gabriel/Franz-Xaver Kaufmann (Hg.): *Zur Soziologie des Katholizismus*, Mainz 1980. Ders. (Hg.): *Schweizer Katholizismus zwischen den Weltkriegen*, Fribourg 1992. M. Hodel: *Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1918–1929*, Fribourg 1993. D. Hostenstein: *Die Christlichsozialen der Schweiz im Ersten Weltkrieg*, Fribourg 1993. Für weitere Literatur und eine Zusammenfassung des Forschungsstandes vgl.: Urs Altermatt u. a.: «Katholiken und Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert», in: Allg. geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz (Hg.): *Geschichtsforschung in der Schweiz. Bilanz und Perspektiven – 1991*, Basel 1992, S. 304–322.

33 So der erste und einzige Band einer Geschichte des Freisinns aus der Feder eines ehemaligen Parteipräsidenten: Ernst Steinmann: *Geschichte des Schweizer Freisinns*, Band 1: 1830–1918, Bern 1955. R. Reich: *Grundlagen und Geschichte des Schweizer Freisinns*, o. O. 1963. Über Kantonalparteien: Heinz Herren: *Die Freisinnige Partei des Kantons Zürich in den Jahren 1917–1924*, Bern 1975. Daniel V. Moser: *Geschichte der FDP des Kantons Bern 1890–1922*, Bern 1977. H. Zimmermann: *Sozialpolitische Ideen im schweizerischen Freisinn 1914–1945*, Zürich 1948.

sein, einen *Trend* festzustellen, der (ganz im Sinne des «linguistic turn») die Sprache als Vermittlerin sozialer Realität ernst nimmt und Parteien als Kommunikationszentren eines milieuspezifischen Diskurses betrachtet. Ich möchte das kurz am Beispiel von drei wichtigen Veröffentlichungen zur Parteiengeschichte zeigen.

Die drei ausgewählten Werke (Oskar Scheibens «Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936», dann Ruedi Brassels «Dissonanzen der Moderne» und schliesslich Markus Hodels «Schweizerische Konservative Volkspartei 1918–1929») behandeln alle die Zwischenkriegszeit aus der Perspektive eines Parteimilieus und interessieren sich für die konfliktiven Integrationsprozesse und Umbrüche in der Parteienlandschaft<sup>34</sup>. Es sind überdies Synthesen mit dem Anspruch, im nationalstaatlichen Rahmen institutionelle Veränderungen mit sozialem Wandel zu verknüpfen. Die Durchsicht der jeweiligen Methoden und Quellen scheint mir zweierlei zu zeigen. Erstens: Ob aus unterschiedlichen theoretischen Ansätzen schöpfend (Scheiben und Brassel) oder theoriefern (Hodel), – der «linguistic turn» scheint sich explizit oder implizit durchgesetzt zu haben. Zumindest, wenn man darunter die einfache Tatsache versteht, dass wir uns die Welt sprachlich vermittelt aneignen. Nicht weil Sprache die Welt reflektieren würde, sondern weil sie die Vorstellungen formt, die wir von ihr haben, und es entscheidend ist, zu wissen, wie Akteure die historische Realität diskursiv interpretieren und intersubjektivieren, wenn wir ihr Handeln verstehen und erklären wollen. Das ist das eine. Das andere resultiert daraus: Die Relevanz der Untersuchung der «Veröffentlichkeit». Sie manifestiert sich in der abgelegten Scheu, mit Zeitungen und Zeitschriften, mit Broschüren und publizierten Parteitagsprotokollen zu arbeiten. Diese werden nun als die ausschlaggebenden Quellen ausgewertet.

Sehen wir näher hin: Scheibens Studie, meines Wissens trotz ihrer neun Jahre der jüngste Versuch einer integralen Betrachtung der Sozialdemokratie in ihrer Umwelt, geht von einem ausgearbeiteten theoretischen Ansatz aus, der verschiedene ideologische Formationen der Arbeiterbewegung unterscheidet, die sich im Grad der Dissonanz vom «kulturdominanten Deutungssystem» unterscheiden<sup>35</sup>. Er untersucht nun die verschiedenen Übergänge zwischen diesen Formationen, die gleichbedeutend sind mit unterschiedlichen Stadien der Integration in die bürgerliche

34 Oskar Scheiben: *Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte*, Zürich 1987; Ruedi Brassel-Moser: *Dissonanzen der Moderne. Aspekte der politischen Kulturen in der Schweiz der 1920er Jahre*, Zürich 1994; Markus Hodel: *Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1918–1929. Die goldenen Jahre des politischen Katholizismus*, Fribourg 1994.

35 Theoretisch stützt er sich dabei vor allem auf ältere (funktionalistische) Theoreme von Luhmann (vgl. Scheiben, S. 17–22).

Schweiz. Dabei unterscheidet er den «Aufbruch zum Sozialismus» von 1928 bis 1933, der den Dissens zum bürgerlichen Staat vergrössert und die Aktualisierung alternativer «Orientierungshorizonte» bedeutet, von der zweiten Phase (bis 1936), in der die SPS mit zahlreichen Konzessionen in eine «systempartizipierende Formation» übergeht. Dazwischen liegt eine Phase der Desorientierung und ein Lernprozess, der durch die blutigen Zusammenstösse in Genf vom November 1932 ausgelöst wird. Auf die historiographisch-inhaltlichen Aspekte soll hier aber nicht eingegangen werden. Interessant ist in unserem Zusammenhang Scheibens handlungstheoretische Fundierung. Handeln wird über Ideologien, das heisst über Sinn- und Deutungssysteme, orientiert und legitimiert. Damit wird deren Untersuchung entscheidend, was nichts anderes heisst, als die der Sprache bzw. der Sprachregelungen, in denen das Parteimilieu sich in seiner Umwelt situiert. Scheiben macht sich auf die Suche nach den entsprechenden politischen Konzepten und Leitbildern. Er findet sie in Protokollen der Parteigremien und Parteitage, in Beiträgen für die theoretische Zeitschrift der SPS («Rote Revue») und in Broschüren, die von Parteikadern geschrieben wurden. Wenn man nun genauer beobachtet, wie und wo Konflikte diskursiv ausgetragen und Neuorientierung festgelegt wird, dann vorwiegend innerhalb der Parteiöffentlichkeit<sup>36</sup>: In programmatischen Auseinandersetzungen der «Roten Revue», in Broschüren, auf Parteitagungen. Die Umorientierungen werden nicht putschistisch in Geheimsitzungen vollzogen, sondern müssen unter Anrufung der Parteiöffentlichkeit und in der Hoffnung auf Resonanz vorbereitet und erkämpft werden. Diese «öffentlichen» Quellen sind es, und nicht die mühsam ausgegrabenen Vorstandsprotokolle, die für Scheibens Argumentation ausschlaggebend sind<sup>37</sup>.

Brassels Interesse geht über die Geschichte des Freisinns in den zwanziger Jahren hinaus. Er glaubt, dass eine Darstellung dieses Jahrzehnts, die nur die Klassenkampffronten und die Frage nach der Integration der Arbeiterbewegung beachtet, zuwenig weit trägt. Stattdessen plädiert er für die Untersuchung von Bruchlinien innerhalb der bürgerlichen Milieus und quer zu den Klassenlinien. In Anlehnung an das Modernisierungsmodell von Burkart Lutz sieht er einen dynamisierenden Konflikt zwischen den traditionellen agrarischen und den modernen industriellen Sektoren der Wirtschaftsgesellschaft<sup>38</sup>. Sichtbar werde dies etwa in Refe-

36 Vgl. Scheiben, S. 87ff. Dasselbe gilt für den Wandel der Einschätzung des bürgerlichen Staates; vgl. z. B. S. 93f.

37 Scheiben verzichtet auf einen Öffentlichkeitsbegriff, weshalb der Prozess der Diffusion von Leitbildern etwas unkonkret bleibt.

38 Burkart Lutz: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 1984.

rendungskämpfen, die nicht im Zeichen des Klassenkampfes geführt worden seien. Ausführlich dokumentiert Brassel die Krise der freisinnigen «Majorzideologie», deren Zuständigkeit für den bürgerlichen Staat nach dem Krieg unter Druck geraten sei und durch eine Historisierung und Nationalisierung (auf Kosten des liberalen Gehalts) die Integration katholischer und bäuerlicher Teilkulturen ermöglicht habe<sup>39</sup>. Unter dem Aspekt der «Verwirtschaftung der Politik» (ein zeitgenössischer Begriff) wird auch der Funktionsverlust der politischen Parteien zugunsten der Verbandsdemokratie beschrieben. Ob diese Darstellung angemessen ist und inwiefern Brassels Hauptthesen in der etwas ungeordneten Fülle von theoretischen Seitenblicken und historischen Exkursen leiden, kann hier nicht ausgeführt werden. Entscheidend ist für mich dies: Auch Brassel vollzieht unter Berufung auf eine ganze Galerie von Theoretikern einen «linguistic turn» und versucht die Fragmentierungen in verschiedene politische Kulturen durch eine Diskursanalyse sichtbar zu machen, was ihm erlaubt, jenen «symbolischen Raum» zu vermessen, in dem der politische Kampf um die Macht sichtbar wird. Dieser Raum ist die «Öffentlichkeit»<sup>40</sup>. Auf der Suche nach handlungsleitenden Konzepten, mit denen die politischen Milieus sich in diesem Diskursraum orientieren, stützt sich Brassel auf «Reflexionsliteratur». Damit sind politische Zeitschriften gemeint, die zwar aktualitätsbezogen auf den politischen Alltag eingehen, gleichzeitig aber ihre Positionen in einem weiteren «weltanschaulichen» Kontext fundieren. Diese Quelle existiert in der Zeit für alle relevanten Parteimilieus<sup>41</sup>.

Das letzte Beispiel, das den behaupteten Trend von einer «archäologischen» zu einer öffentlichkeitsbezogenen Parteigeschichtsschreibung illustriert, ist Markus Hodels Untersuchung des katholischen Konservatismus in den zwanziger Jahren. Hodel zeigt die katalytische Wirkung der Landesstreikkrise, die aus einer beachteten Minderheit einen Juniorpartner des Freisinns machte. In der Hochphase bis 1922 hält der katholische Konservatismus darüber hinaus zeitweise eine dominante Stellung, im Mass nämlich, in dem sich der Freisinn in inneren Auseinandersetzungen verliert. Hodel zeigt aber auch die latenten Spannungen innerhalb des Bürgerblocks, die sich parallel zur perzipierten sozialistischen Bedrohung auf- oder abbauen. Das enorme Spektrum des politischen Katholizismus zwischen integralistischen Fundamentalisten und christlichsozialen Reformern wird sichtbar, sowie die unglaubliche Fähigkeit dieses Milieus,

39 Brassel, S. 11f.; S. 13; S. 193ff.

40 Brassel, S. 15.

41 Zum Beispiel die freisinnige «Politische Rundschau», die bereits erwähnte sozialdemokratische «Rote Revue» und die katholische «Schweizer Rundschau». Das Spektrum ist allerdings viel differenzierter, vgl. Brassel S. 22.

seine Divergenzen immer wieder auszugleichen. Als zentrale ideologische Basis erweist sich der christlich alimentierte Antimodernismus. Er schafft Identität und Abgrenzung und ermöglicht so den effizienten Aufbau moderner Kommunikationsinfrastrukturen und die definitive «Einhausung in der Moderne» (Nipperdey). Auch hier interessieren jetzt weniger die inhaltlichen Aspekte als die formale Frage, wie Hodel zu diesen Resultaten kommt. Der Autor arbeitet ohne theoretischen Ansatz, sondern nimmt sich seinen Gegenstand in souveräner Kenntnis der Literatur gewissermassen aus einem Alltagsverständnis vor. Er rekonstruiert katholisch-konservative Standpunkte in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern, analysiert innerkatholische Debatten, zeigt Parteistrukturen und ideologische Strömungen. Er tut dies, das verwundert nun nicht mehr, unter sorgfältiger Auswertung der weit verzweigten katholischen (Tages-) Publizistik, vor allem des «Vaterlands», der «Liberté» und der «Ostschweiz». Daneben orientiert er sich an Protokollen der Parteileitung und an Privatnachlässen, die vergleichsweise wenig Aufschluss geben, aber bei der Präsentation der Quellenlage trotzdem zuerst erwähnt werden. Das ist Hodels Konzession an die überlieferte historiographische Tradition.

#### IV

Die Geschichte des schweizerischen Parteiensystems und der schweizerischen Parteien als Geschichte der Institutionalisierung von Öffentlichkeit und ihres Wandels steht erst am Anfang. Aber dieser Anfang ist gemacht. Die kulturalistische Wende hat als «linguistic turn» eine breite Palette von Diskurstheorien geliefert, die evaluiert werden können und, mit organisationssoziologischen Konzepten verbunden, zu einem sozialhistorisch fundierten Begriff von Öffentlichkeit führen. Wenn diese Diskussion stattfindet, dann lässt sich unschwer eine Konvergenz der Bemühungen und damit eine Beschleunigung der historischen Parteienforschung voraussagen.

Das von Habermas vor dreissig Jahren initiierte Forschungsprogramm «Strukturwandel der Öffentlichkeit» wäre damit noch lange nicht erfüllt. Die Auflösung der Parteililieu nach dem Krieg, die Ausbreitung eines parteiunabhängigen kommerziellen Mediensystems und die Bildung von «Bewegungsmilieus» bieten für die Sozialgeschichte der Nachkriegszeit ein weites, überaus spannendes Forschungsfeld.

Zu fragen wäre etwa nach dem Innovationspotential, das soziale Bewegungen durch die Propagierung spezifischer, «abweichender» Interpretationsmuster aktualisieren. Zu fragen wäre aber auch nach dem «Karriereverlauf» von Themen, die durch das gemeinsame Interesse von sozialen Bewegungen und kommerziellen Medien am *Skandal* zu weitreichenden

Veränderungen bis hin zu Rechtsetzungsprozessen führen. Die Untersuchung von «Bewegungsmilieus» mit ihren spezifischen Kultur- und Abgrenzungsformen und der Rolle, die gegebenenfalls charismatischen Persönlichkeiten zukommt, bietet auch einer *Alltagsgeschichte* reichlichen Stoff. Schliesslich steht die *Unternehmensgeschichte* vor neuen Herausforderungen, wenn sie mit kommerziellen Medienindustrien konfrontiert ist, die durch ihre «Veröffentlichung» bewegungs- und parteibildend wirken und damit kommerziellen und politischen Erfolg auf neue Weise miteinander in Verbindung bringen. Oder ist vielleicht das Phänomen Berlusconi gar nicht so neu, wenn wir an den Hugenberg-Konzern in der Weimarer Republik denken? Der Vergleich müsste es zeigen<sup>42</sup>.

Ob aus sozialgeschichtlicher Perspektive, ob mit alltags- oder unternehmensgeschichtlichem Zugriff: ein systematisierter Öffentlichkeitsbegriff verhindert, dass die kulturalistische Wende sich in der Malerei von historischen Miniaturen verliert. Das Öffentlichkeitskonzept insistiert auf der Verbindung von Struktur und Lebenswelt und versucht, die gesellschaftliche Mikro- und Makroebene zu integrieren. Es ermöglicht in diesem Sinn – ganz unbescheiden – *Gesellschaftsgeschichte* zu praktizieren.

42 Einen Überblick über aktuelle Ansätze der Bewegungsforschung unter Berücksichtigung ihres «Öffentlichkeitsbezugs» bei: Dieter Rucht: «Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen», in: Friedhelm Neidhart (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Sonderheft 34 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen 1994, S. 337–258. Spezifisch für die Schweiz: Hanspeter Kriesi: *Akteure – Medien – Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit*, ebd. S. 234–260. In historischer Perspektive und den Innovationscharakter sozialer Bewegungen betonend: Hansjörg Siegenthaler: «Soziale Bewegungen und soziales Lernen im Industriezeitalter», in: M. Dahinden (Hg.): *Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen*, Zürich 1987. Zum neuen Verhältnis zwischen «Politik» und «Medien» als Folge des Expansions- und Ausdifferenzierungsprozesses des Mediensystems und zu den Folgen für die politische Kommunikation vgl.: Otfried Jarren: «Politik und politische Kommunikation in der modernen Gesellschaft», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 39/94, S. 3–10, s. a. im gleichen Heft: Barbara Pfetsch: «Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda», S. 11–20. Ein Beispiel der «Milieubildung» durch Medien schildert Waldemar Vogelsang: «Medien als Kristallisationspunkte jugendlicher Fankulturen», in: *Ästhetik & Kommunikation*, Jg. 24 H. 88, 1995, S. 55–60. Im Herbst dieses Jahres erscheinen die Ergebnisse des 2. Mediensymposiums Luzern zum Thema «Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft».